

V-22 Beschluss

Antragsteller*in: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 27.01.2018

Europäische Kooperation im Verteidigungsbereich nutzen – Das Friedensprojekt Europa stärken!

1 Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Es ist eine historische Errungenschaft, dass
2 Konflikte heute am Verhandlungstisch und nicht länger auf Schlachtfeldern ausgetragen
3 werden. 2012 wurde die EU für diesen Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und
4 Menschenrechte in Europa mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet – zu Recht! Insbesondere
5 mit dem Vertrag von Lissabon hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, auch nach außen kohärent
6 zu wirken: „Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu
7 stärken“. Kein Mitgliedstaat der EU kann diesen Aufgaben alleine gerecht werden. Will die
8 EU bei der Reduzierung von Instabilität, der Bekämpfung von massiven
9 Menschenrechtsverletzungen und der Beendigung von Krisen in ihrer unmittelbaren
10 Nachbarschaft und darüber hinaus eine wirkliche Rolle spielen, müssen ihre Mitgliedsstaaten
11 im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel stärker kooperieren als
12 bisher.

13 Erste Schritte hin zu mehr Kooperation wurden in den letzten zwei Jahren gegangen. Die Hohe
14 Vertreterin Mogherini hat 2016 die „Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik
15 der Europäischen Union“ veröffentlicht. 2017 hat die Europäische Kommission das
16 „Reflexionspapier über die Zukunft der europäischen Verteidigung“ lanciert und im Dezember
17 2017 wurden 17 Kooperationsprojekten im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit
18 (Permanent Structured Cooperation, PESCO) geschaffen. PESCO ist ein Format der
19 unterschiedlichen Geschwindigkeiten, an dem nur die Mitgliedsstaaten teilnehmen, die das
20 wollen und sich bereit erklären, die entsprechenden Kriterien zu erfüllen. Trotzdem haben 25
21 von 28 Mitgliedsstaaten die Kooperation unterzeichnet. PESCO ist also zu einem (fast)
22 gesamteuropäisches Projekt geworden. In einer Zeit, in der Rechtspopulisten in ganz Europa
23 das Hohelied auf den Nationalstaat singen, ist eine derartige Kooperation nationaler
24 Streitkräfte auf europäischer Ebene ein beeindruckendes Symbol der Stärke des europäischen
25 Projektes.

26 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen grundsätzlich eine verstärkte Kooperation im Bereich der
27 Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insofern dadurch das Primat des Zivilen der
28 europäischen Außenpolitik nicht geschwächt wird und es nicht zu einer Stagnation oder
29 Reduktion notwendiger Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit und die Humanitäre Hilfe
30 kommt. Die Schere zwischen zivilen und militärischen Ausgaben in den nationalen Haushalten
31 der EU-Mitgliedsstaaten darf nicht weiter aufgehen. Nur dadurch kann gewährleistet werden,
32 dass die EU in die Lage versetzt wird, die in Artikel 43(1) des Vertrags von Lissabon
33 beschriebenen Aufgaben: „Abrüstung, humanitäre Aufgaben, Aufgaben der Konfliktverhütung und
34 Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen
35 und Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ besser bewältigen und verstärkt
36 nachgehen zu können.

37 Bei einer Kooperation im Sicherheits- und Verteidigungsbereich auf europäischer Ebene darf
38 es nicht nur um die Steigerung der militärischen Effizienz und den Abbau von
39 Kooperationshemmnissen gehen. Ein derartiges Projekt darf nicht missbraucht werden, um

40 Rüstungsausgaben zu erhöhen und eine ineffiziente und intransparente Rüstungsindustrie
41 weiter zu subventionieren, wie es jetzt der europäische Verteidigungsfond vorsieht. Sondern
42 es muss vor Allem darum gehen, dass die EU die Aufgaben des Vertrags von Lissabon
43 vollumfänglich erfüllen kann. Dazu fehlen derzeit zivile und militärische Fähigkeiten, bspw.
44 einsatzfähige Battle Groups, Mediationsteams, Technik zur Überwachung von
45 Waffenstillstandsabkommen, Fähigkeiten zur Gewährleistung humanitärer Hilfe in
46 Blockadelagen, ausgebildete Teams zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen oder eine
47 Strategie für politische Missionen zur Stabilisierung von Staaten in Nachkriegssituationen.
48 An der Frage, ob es gelingt hier vorwärts zu kommen, müssen sich aktuelle und kommende
49 Kooperationsprojekte messen lassen. Eine Vertiefung der Zusammenarbeit im
50 Verteidigungsbereich darf nicht dazu führen, dass zivile Gelder sicherheitspolitisch
51 zweckentfremdet werden, wie es u.a. durch die Öffnung des Instruments für Stabilität und
52 Frieden (IcSP) für militärische Zwecke zu befürchten ist. Darüber hinaus darf die vertiefte
53 Integration der Verteidigungspolitik nicht dazu genutzt werden, Maßnahmen zur
54 Migrationsabwehr, bzw. eine europäische Abschottungspolitik voranzutreiben. Zudem muss die
55 finanzielle Trennschärfe von entwicklungspolitischen und militärischen Maßnahmen zu jeder
56 Zeit gegeben sein.

57 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar: Eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene muss immer
58 strategisch auf eine präventive, auf friedliche Konfliktlösung gerichtete und
59 menschenrechtsgeleitete Außenpolitik ausgerichtet bleiben. Eine verstärkte Kooperation im
60 Verteidigungsbereich muss der EU die entsprechenden Mittel zu ihrer Umsetzung an die Hand
61 geben. Es braucht nicht mehr nationale Aufrüstung der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten, sondern
62 mehr Kooperation. Eine regelmäßige Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, wie sie im
63 Ratsbeschluss zur Einsetzung der PESCO verpflichtend festgeschrieben ist, lehnen wir ab.
64 Deswegen wollen wir Grünen die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich kritisch
65 begleiten, mitgestalten und uns dafür einsetzen,

- 66 • dass die längst fällige Debatte um die strategische Ausrichtung der europäischen
67 Sicherheits- und Verteidigungspolitik endlich nachgeholt und in Anlehnung an nationale
68 Weißbuchprozesse geführt wird; öffentlich, engagiert, entlang konkreter Szenarien und
69 begleitet von Debatten in den nationalen und dem europäischen Parlament,
- 70 • dass Diplomatie, Prävention, Mediation, Dialog und Versöhnung weiterhin das Fundament
71 und den Ausgangspunkt europäischer Außen- und Sicherheitspolitik bilden und diese
72 Maßnahmen weiter gefördert werden,
- 73 • dass Militär immer nur als äußerstes Mittel eingesetzt wird. Alle Einsätze müssen
74 völkerrechts- und grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in verfassungswidrigen
75 Koalitionen der Willigen stattfinden. Die Beteiligung der Bundeswehr an bewaffneten
76 Einsätzen im Rahmen der EU darf nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen erfolgen.
77 Einsätze müssen immer in eine umfassende zivile Gesamtstrategie eingebettet sein. VN-
78 geführte Missionen haben für uns immer Vorrang vor EU- oder NATO-geführten Einsätzen.
- 79 • dass Synergien zwischen den Mitgliedsstaaten genutzt werden, um nationale
80 Verteidigungsausgaben einzusparen und damit Verteidigungsprojekte nicht den
81 europäischen Haushalt belasten,
- 82 • dass die ineffiziente und intransparente europäische Rüstungsindustrie grundlegend neu
83 strukturiert und reformiert wird sowie eine restriktivere und verbindliche
84 Rüstungsexportpolitik in der EU und Deutschland gesetzlich verankert wird.

- 85 • dass die Entscheidung über die Entwicklung konkreter Fähigkeiten mit Hinblick auf die
86 VN-fähigkeit der EU geschieht und das Verhältnis von NATO und EU bei der Entwicklung
87 der europäischen Verteidigungszusammenarbeit geklärt wird,
- 88 • dass die zunehmende Kooperation im Verteidigungsbereich mit einer Stärkung von
89 Strukturen der parlamentarischen Kontrolle und Mitbestimmung insbesondere auf
90 europäischer Ebene einhergeht. Der Parlamentsvorbehalt des Bundestags oder langfristig
91 der des Europäischen Parlamentes darf durch die europäische Kooperation weder
92 unterlaufen noch abgebaut werden und dass
- 93 • Maßnahmen zur Kohärenzförderung zwischen verschiedenen Politikfelder wie
94 Energiepolitik, Entwicklungspolitik, oder Handelspolitik, entwickelt werden.

95 Die zunehmende Kooperation der europäischen Mitgliedsländer im Verteidigungsbereich ist eine
96 einmalige Chance, das Friedensprojekt Europa zu stärken. Sie setzt ein deutliches Zeichen
97 gegen wachsenden Nationalismus und Nationalstolz. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen
98 Prozess aktiv und im Sinne des Vertrags von Lissabon mitgestalten. So wird die Europäische
99 Union der Verantwortung, die aus der Annahme des Friedensnobelpreises erwächst, ein Stück
100 gerechter.